

Ingrid Fröhlich-Groddeck

Rede 09.02.2017 Amtsgericht Bonn

Gleich zu Beginn möchte ich versichern, Recht und Gesetz sind für mich hohe schützenswerte Güter. Ich bin davon überzeugt, dass sie unverzichtbar sind für ein gutes Zusammenleben von Menschen, ebenso wie für das friedliche Zusammenleben der Völker. Letztlich ist diese meine Einstellung auch der Grund, weshalb ich heute hier bin. Im Folgenden will ich darlegen, dass die deutsche Regierung gesetzeswidrig handelt, indem sie sich an illegalen Angriffskriegen beteiligt. Eine funktionsfähige Justiz hätte bereits die Vorbereitung dieser illegalen Kriege verhindern müssen.

Der Überfall auf Jugoslawien unter der Rot-Grünen Regierung war der Beginn der Kriegsverbrechen des Deutschlands der Nachkriegszeit. Viele andere illegale Kriege folgten. Ein Ende ist nicht abzusehen.

Das Friedensgebot des Grundgesetzes wird straflos ignoriert. Auch ein UNO-Mandat gibt es für diese Kriege nicht.

Dieses Versagen wirkt im deutschen Rechtssystem seitdem wie ein Dambruch. Es gibt keine Kraft, welche die Politik daran hindert, ständig junge Frauen und Männer auf Raubzüge in alle Welt zu schicken. Viele dieser jungen Menschen kommen krank und traumatisiert zurück. Zu spät begreifen sie, wie sie für fremde Interessen manipuliert, belogen und verführt wurden und es immer weiter werden.

Alle diese Kriege werden in der Colbitz-Letzlinger Heide vorbereitet. Damit wird auch der NATO-Russland-Pakt verletzt - die Vereinbarung, dass es nach der Auflösung des Warschauer Paktes keine NATO-Osterweiterung geben würde und dass keine NATO-Truppen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR stationiert werden.

Ich stelle somit fest: Das Grundgesetz fordert eine umfassende Friedenspolitik. Was tun deutsche Regierungen? Für das Üben von illegalen Kriegen werden der NATO riesige Landschaftsareale zur Verfügung gestellt. Diese Gebiete werden im Auftrage der Regierung vor Friedensaktivisten geschützt. Es wird sorgfältig darauf geachtet, dass die Routine des Verbrechens nicht gestört wird.

Eine unabhängige Justiz hätte die Aufgabe, bereits die Planung illegaler Angriffskriege zu verbieten. Sie müsste somit auf unserer Seite sein. Dieser Logik folgend, würde es Gerichtsprozesse, wie diesen hier nicht geben.

Han-Peter Kaul deutscher Richter am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, sagte: *“Der Einsatz bewaffneter militärischer Gewalt führt stets, fast automatisch zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Es gibt keinen Militäreinsatz ohne Verbrechen.“*

Auch die sog. „Flüchtlingskrise“ ist vor allem Ergebnis dieser Kriege im Verbund mit neoliberalen Wirtschaftskonzepten. „Fluchtursachen bekämpfen“ sind verlogene Versprechen, wenn aus Deutschland gleichzeitig weiterhin Waffen in Kriegsgebiete geliefert und somit immer weitere Fluchtursachen geschaffen werden.

Immer mehr wird Recht, was dem Krieg dient. Ganz besonders werden Gefahren provoziert durch den Bruch des NATO-Russland-Paktes. Ungeheure Mengen an Kriegsgerät wird in den Baltischen Staaten an die Russische Grenze gebracht. Teilweise werden nur wenige 100 Meter von der Grenze entfernt Nato-Manöver abgehalten. Damit es zu keiner Eskalation kommt, hat Russland seinen Grenzschutz in besonders gefährlichen Bereichen ins Landesinnere zurückverlegt. Ähnliche Provokationen gegen Russland geschehen schon seit 2014. Mir scheint, nur der weisen Politik des Kremls ist es zu verdanken, dass Europa noch nicht in den 3. Weltkrieg hineinmanövriert wurde.

Seit wenigen Tagen wird durch die Medien versucht, uns zu suggerieren, Deutschland brauche „eigene“ Atombomben, obwohl seit Jahrzehnten der Fliegerhorst Büchel in der Eifel ein Kristallisationsort ist, wo sich Menschen für den Abzug der dort lagernden amerikanischen Atombomben mit den unterschiedlichsten friedlichen Aktionsformen einsetzen. Falls die amerikanischen Bomben aus der Eifel unter Trump abgezogen würden, sollen wir uns doch gefälligst den aggressiven Russen völlig hilflos ausgeliefert fühlen – so die medialen Manipulationsbemühungen.

Der Verfall des Rechtes in den außenpolitischen Beziehungen Deutschlands hat auch bereits auf den inneren Frieden besorgniserregende Auswirkungen: Entsolidarisierung in der Gesellschaft oder Fremdenhass und Nationalismus haben bereits eine bedrohlichere Atmosphäre erzeugt, die viel zu viele Menschen Rechtspopulisten zutreibt. Wir wissen es doch aus bitterer Erfahrung: wenn die Demokratie versagt, wird der Ruf nach dem starken Mann rasch sehr laut. Wie das aussieht, ist doch derzeit gut sichtbar – in Deutschland, in Europa, jenseits des Ozeans.

Die Frage nach den Wurzeln für den Niedergang unserer Demokratie und natürlich die Frage, was können wir dagegen tun, hat mich in die NS-Vergangenheit der deutschen Justiz geführt und ich habe aus der Literatur erhellende Antworten erhalten und erschreckende Parallelen zu heute. Einige wenige Beispiele mögen hier für viele stehen: Der Jurist **Ingo Müller** in seinem Buch **„Furchtbare Juristen Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz“** beschreibt z.B. einen Begriff aus der NS-Justiz: *„rechtfertigender Staatsnotstand“* erlaubte Rechtsbrüche. . *„Der Staatsnotstand rückte in der NS-Zeit zur alles rechtfertigenden Rechtskonstruktion auf.“* (S.33) Viele Pazifisten wurden von der NS-Justiz wegen Landesverrates angeklagt, wenn sie ihrerseits Rechtsbrüche anklagten – unter anderem geschah es den Friedensnobelpreisträgern Ludwig Quidde und Carl v. Ossietzky(S31 /32).

Es hat also Tradition, Kriegstreiber vor Pazifisten zu schützen.

RA Wolfgang Kaleck schreibt zu Ingo Müllers *„Furchtbare Juristen - Die unbewältigte Vergangenheit der deutschen Justiz.“*

„...dieses Werk ist eine Pflichtlektüre für – mindestens – alle Juristen. Selbst wenn weder Justiz noch Rechtswissenschaften von heute mit denen der Nachkriegszeit – bis in die 1980er Jahre hinein – vergleichbar sind, leiden wir bis heute an dem Verlust

an Rechtskultur durch die damalige physische und geistige Auslöschung der linken, liberalen und jüdischen Juristenschaft.“

Am 13. November 2015 wurde Frankreich Opfer eines Terroraktes, die Attentäter waren Franzosen und Belgier. Als Vergeltung wurde am 4. Dezember von Bundesregierung und der Mehrheit des Bundestages der Einsatz der Bundeswehr in Syrien beschlossen.

Das ist doch bedenklich nah dran am „*rechtfertigenden Staatsnotstand*“ des NS-Rechtes.

Ersetzt man heute den Begriff **Staatsnotstand** aus der NS-Zeit durch **Kampf gegen den Terror** hat man ein ziemlich treffendes Pendant.

Bei **Rolf Bossi**: „**Halbgötter in Schwarz**“ habe ich gefunden: „Die Justiz hat es 60 Jahre lang nicht geschafft, über sich selbst zu Gericht zu sitzen. Sie wird auch in Zukunft nicht zur kritischen Selbstkorrektur in der Lage sein, wenn man ihr das eigene Versagen nicht fortwähren wie einen Spiegel vor die Nase hält. Gerade deshalb ist es immer wieder notwendig, nicht nur auf das Unrecht der NS-Justiz zu verweisen, sondern auch die Folgen aufzuzeigen, die es für die Rechtsprechung der Bundesrepublik und die Mentalität ihrer Halbgötter in Schwarz nach sich gezogen hat.“ S.257 /258

Fritz Bauer, - von 1956 bis zu seinem Tod 1968 Generalstaatsanwalt in Hessen. Er sorgte für die Überführung Eichmanns nach Israel und die Wiederherstellung der Ehre der Widerstandskämpfer des 20. Juli sowie für die Frankfurter Auschwitzprozesse. Er sagte: „**Ein neues Deutschland kann, wenn es leben und geachtet sein will, nicht dulden, dass Richter sich wieder zu Helfershelfern von Mordgesellen machen.**“ Für diese Geisteshaltung erntete Fritz Bauer keinesfalls allgemeines Lob – ganz im Gegenteil: Er musste feststellen: „**Sobald ich mein Büro verlasse, befinde ich mich im feindlichen Ausland**“.

Als Beleg dafür, dass ich neben Aktionen zivilen Ungehorsams auch sogenannte legitime Formen wähle, um auf Unrecht hinzuweisen, gebe ich eine Strafanzeige zu den Akten, die ich mit unterschrieben habe. Sie ist an den Generalbundesanwalt, Herrn Dr. Peter Frank adressiert gegen die Bundesregierung und alle Parlamentarier, die am 4. Dezember 2015 für den Bundeswehreinsatz in Syrien gestimmt haben. Die Strafanzeige wurde von 3 Juristen formuliert und sauber begründet.

Auf 2 ½ Seiten Antwortschreiben mit bemerkenswerten moralisch-geistigen Verrenkungen steht als Quintessenz: „*Der Generalbundesanwalt hat den Sachverhalt umfassend geprüft, jedoch keine Ermittlungen eingeleitet, weil zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfolgbare Straftat fehlen (§ 152 Abs. 2 StPo).*“ Auf diesem Hintergrund der von mir angeführten Fakten und Zusammenhänge fühle ich mich moralisch verpflichtet, mit meinen Mitteln gegenzusteuern gegen diese Ungeheuerlichkeiten. Ich will Aufmerksamkeit schaffen und wenigstens die

Vorbereitung der Kriegsverbrechen ab und zu zu behindern. Dass ich dafür Verbotsschilder ignoriere oder über Zäune klettere, halte ich angesichts der Schwere der Verbrechen, die ich behindere, für bedeutungslos.

Der Jurist Gustav Radbruch argumentiert in einem Aufsatz, **...die NS-Gesetze, die den Völkermord legalisiert haben, sind von vornherein null und nichtig gewesen...sie hätten als „unrichtiges Recht“ der Gerechtigkeit zu weichen.**

Nun sind es heute, wie mir scheint, weniger schlechte Gesetze, als vielmehr die Mächte des Militärisch-Idustriellen-Finanz-Komplexes, die sich jeglicher staatlicher Kontrolle entziehen.

Bereits Eisenhower warnte, dass *„ein immenses militärisches Establishment und eine ausgedehnte Rüstungsindustrie“ sich als eine verborgene Kraft in der Politik der Vereinigten Staaten von Amerika herausgebildet haben und die Amerikaner „nicht versäumen dürfen, deren schwerwiegende Auswirkungen zu erkennen.“*

So ist die Kernaussage für mein Tun und all meiner Recherchen: **ich bin heute hier vor Gericht, weil Sie und Ihr Berufsstand die Pflichten, die Ihnen als unabhängige Juristen aufgetragen sind, nicht erfüllen. Sie lassen die schlimmsten Verbrechen geschehen und strafen die Menschen ab, welche auf die Verbrechensvorbereitung hinweisen oder sie stören.**

Ich fühle ich mich mit meinem Tun im Recht. Und von Rechts wegen, müssten Sie auf meiner Seite stehen.

Es ist auch noch ein weiterer Aspekt meines Handelns: Die Erfahrung zeigt, dort wo man ungestraft Unrecht zu geltendem Recht erklärt, wird ein unheilvoller Prozess in Gang gesetzt, der sich nach den mathematischen Gesetzen einer Exponentialfunktion entwickelt. Die Auswüchse so eines Prozesses sind dann nicht mehr beeinflussbar. Niemand weiß, wie lange es dann noch dauert, bis auch von deutschen Richtern wieder verlangt wird, Pazifisten wegen Landesverrates zu verurteilen oder auch zu Schlimmerem. Ich befürchte, die meisten Mitglieder Ihres Berufsstandes werden dann tun, was von ihnen verlangt wird.

Als Ermutigung für Sie: Der deutsche Richter **Ulf Panzer** hat Friedensaktivisten vor Gericht vertreten und hat selbst an Blockaden von Pershing-II-Raketen teilgenommen. Damals wurde das noch als Nötigung amerikanischer Soldaten verfolgt. Sein Tun hat er damit begründet, er habe aus der Nazi-Zeit gelernt, wie hoch die Kosten des Stillschweigens sind, wenn die eigene Regierung gesetzeswidrig handelt,

Ich möchte noch betonen:

Es gäbe dann keinen Anlass für mich, unbefugt den Truppenübungsplatz zu betreten, wenn dort Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten als Angehörige einer reinen Verteidigungsarmee üben würden. Diesen Übungsbetrieb würde ich nicht stören. Es ist mein Ziel, dass wir diesen Zustand erreichen.

Mit den wenigen Beispielen aus einer Fülle von Literatur, die ich durchgearbeitet habe, will ich belegen, wie unverzichtbar eine funktionierende Justiz ist, sowohl für unsere Demokratie im Inneren als auch für das friedliche Zusammenleben Deutschlands mit anderen Ländern.

Selbstverständlich ist mir bewusst, dass eine wirklich unabhängige Justiz den Interessen des Militärisch-Industriellen-Finanz-Komplexes ein Hindernis wären. Es gehört Mut dazu, sich diesen Mächten entgegen zu stellen. Den Mut wünsche ich Ihnen und vielen Ihrer Kolleginnen und Kollegen – zum Segen unseres Landes.

Wenn Menschen sich ermächtigen, Verantwortung zu übernehmen für mehr Gerechtigkeit und für mehr Frieden, wird das unsere Welt verändern. Davon bin ich überzeugt. Jeder noch so lange Weg fängt mit dem ersten Schritt an. Niemand weiß, wie viele fruchtbare Impulse andere Menschen dadurch erhalten, wenn sie von couragierten Menschen erfahren, die anfangen, **ein Verbrechen ein Verbrechen zu nennen** oder von gewaltfreien Aktionen, die das Ziel haben, dem Recht zu seinem Recht zu verhelfen. Niemand weiß wie viele Menschen sich anstecken lassen. So könnte es gelingen, den Prozess des Verfalls unserer Demokratie aufzuhalten und Deutschland würde Vorreiter sein mit einer neuen friedensstiftenden Außenpolitik und für fairen Handel mit armen Ländern. Damit würde es gelingen, ein bisschen mehr Frieden zu schaffen, ein bisschen mehr Gerechtigkeit und weniger Menschen, die hungern. Bei Deutschlands Wirtschaftskraft ist diese Vorstellung sehr realistisch.

Für unser 23jähriges Engagement für die friedliche Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide wurde unsere BI OFFENE HEIDE 2016 mit dem „Aachner Friedenspreis“ geehrt – Das ist Anlass zu Freude und Ansporn zum Weitermachen. Ich gehöre zu den Gründungsmitgliedern der BI. Meine politische Heimat ist die Friedensbewegung der DDR. Als Kind, nach der Vertreibung aus der Heimat aus der damaligen Tschechoslowakei, bin ich mit Mutter und Großmutter durch das zerbombte Dresden gelaufen – sengende Augusthitze und Leichengestank. Offenbar gibt es in uns Menschen so starke Prägungen, die ein ganzes Leben halten und nie ihre Wirkung verlieren. So ist es meine Art von Dankbarkeit gegenüber dem Leben, dass ich, so lange meine Kräfte reichen, dafür arbeite, damit von Deutschland wieder Friede ausgeht.

Menschen haben ein Recht auf Frieden, aber dafür müssen viele Menschen bereit sein, viele außergewöhnliche Dinge zu tun, Grenzen zu überschreiten und sich entschließen, ihrem Gewissen zu folgen.

Dazu gehört Mut, das weiß ich sehr gut. Ich möchte Ihnen Mut machen, auch Mut zum „Karriere-Knick“. Ich versichere Ihnen, Mut kann jeder Mensch trainieren. Meine Lebenserfahrung hat mich gelehrt, dass ich meist die Helfer bekomme die ich brauche, wenn ich meinem Weg treu bleibe – wie im Märchen - natürlich gibt es dafür keine Sicherheit...

Nehmen Sie bitte den Inhalt des Flyers vom Friedenskreis Stendal: **Zukunft gestalten in Zeiten von Krieg, Flucht, Lügen, Ohnmacht, Hass und Angst** bitte alle als Einladung, sich selbst auch in den von uns angestoßenen Prozess des Wandels einzubringen.